

Editorial

von *Holm Sundhaussen, Berlin*

Seit dem Umbruch in Osteuropa sind zehn Jahre vergangen. Eine erste Bilanz dieses letzten Jahrzehnts im 20. Jahrhundert bildet den Themenschwerpunkt des vorliegenden Hefts. Nicht nur Osteuropa selbst, auch die Ost- und Südosteuropaforschung ist in den Strudel des Umbruchs geraten. Einerseits mußte sie ihren Beitrag zur Umstrukturierung der Wissenschaftslandschaft, zum Abbau nicht mehr finanzierbarer Kapazitäten und zur effizienteren Nutzung knapper Ressourcen leisten. Andererseits wurde ihr Fortbestand angesichts überspannter und völlig unrealistischer Erwartungen in die Schnelligkeit und Radikalität des Transformationsprozesses in den post-sozialistischen Ländern in Frage gestellt. Da es keine institutionalisierte Westeuropaforschung gibt, sollte es künftig auch keine institutionalisierte Osteuropaforschung mehr geben. Oder allenfalls in drastisch reduzierter Form. Diese Argumentation war aus zwei Gründen absurd. Zum einen: Westeuropa, das sind wir. Und mit nichts beschäftigen wir uns intensiver als mit uns selbst. Wir nennen es nicht „Westeuropaforschung“, sondern verkaufen unser Selbstinteresse mit den Epitheta „allgemein“, „universal“ etc. Am Sachverhalt ändert dies nichts. Zum anderen: Schon zur Zeit des Umbruchs war erkennbar, daß die vermeintliche Einheit des „sozialistischen Lagers“ einer neu-alten Vielfalt und „Unübersichtlichkeit“ Platz machen und daß dieser Differenzierungsprozeß nicht weniger, sondern mehr Forschungsaufwand erfordern würde.

Dennoch wurde Mitte der 90er Jahre der am Osteuropa-Institut der FU angebotene, einzigartige Magisterstudiengang Balkanologie abgeschafft. Zu einem Zeitpunkt, als der Krieg in Bosnien tobte und jedem Beobachter klar war, daß der Balkan über einen langen Zeitraum hinweg auf der Agenda der europäischen und deutschen Politik stehen würde. Die damit eröffnete Kette von Fehlentscheidungen wurde fortgesetzt. Die für die Strukturplanung der FU verantwortliche Kommission (EPK) ließ sich nicht davon überzeugen, daß es einen Unterschied macht, ob man sich mit zwei Staaten und einer Amtssprache (wie im Falle Nordamerikas) oder mit zwei Dutzend Staaten mit einer entsprechenden Anzahl von Amtssprachen und einem vom „Westen“ grundlegend abweichenden Entwicklungspfad (wie im Falle Osteuropas) beschäftigt. Die künftigen Strukturen der Regionalforschung wurden stattdessen nach einem schematischen Einheitsschlüssel festgezurrt.

Dabei spielten auch grundsätzliche Vorbehalte gegen Regionalstudien eine Rolle. Zwar sind die „area studies“ in den USA in anbetracht des Systemzusammenbruchs im Osten, des vermeintlichen „Endes der Geschichte“ und der Globalisierungserwartungen temporär in die Krise geraten, dennoch bleiben sie sinnvoll und unverzichtbar. Die Nachfrage nach interkultureller Kompetenz nimmt wei-

ter zu. Und Regionalstudien sind eine Möglichkeit, sie zu befriedigen.

Ende Juni dieses Jahres, kurz nachdem der internationale „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ ins Leben gerufen worden war, hat der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW), Dieter Simon, in einem Rundumschlag das „Schweigen der Lämmer“ beklagt. Anlaß waren die zwei Kriege in Jugoslawien/Kosovo. Simon warf der Wissenschaft ihre „Abwesenheit“ im Diskurs über die Kriege vor: „Die Studenten: reglos. Die Assistenten: unsichtbar. Die Professoren: stumm.“ Simons Rede war v.a. deshalb bemerkenswert, weil sie dokumentierte, wie sehr sich die Akademie von der Berliner Hochschullandschaft abgekapselt hat.

Gleichzeitig gab Simon die Gründung einer „Balkan-Initiative“ bekannt, die von den Präsidenten der Berliner Hochschulen mit unterzeichnet wurde. Fast genau zehn Jahre, nachdem Milošević durch Änderung der serbischen Verfassung die sensible Machtbalance des zweiten jugoslawischen Staats aus den Angeln gehoben hatte, und acht Jahre nach Beginn der Kriege im früheren Jugoslawien – nun eine „Balkan-Initiative“! Die FU, die über alle Jahre hinweg die Kapazitäten für eine Beschäftigung mit der Region abgebaut hat, ist der späten Initiative beigetreten. Auch die Hochschulrektorenkonferenz hat in Zusammenarbeit mit den großen Institutionen der Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik eine Südosteuropa-Koordinierungsrunde gestartet. Selbst der Berliner Senat will sich auf dem Balkan engagieren, wobei es weniger um Hilfe als um die Requirierung von Aufträgen für die Berliner Wirtschaft beim Wiederaufbau der Region geht. Das ist legitim, ob es hinreichend ist, wird sich erweisen.

An der FU hat sich mittlerweile eine Südosteuropa-Arbeitsgemeinschaft formiert. Sie will die noch verbliebenen Ressourcen bündeln, soweit es die Primärverpflichtungen der beteiligten Hochschullehrerinnen und -lehrer zulassen. Auf diese Weise soll ein Teil des zerschlagenen Porzellans wieder hergestellt werden. Ziel der multidisziplinären AG ist es, das Lehrangebot zu Südosteuropa zu koordinieren, gemeinsame Veranstaltungen (Ringvorlesungen, Tagungen, ev. Sommerkurse u.ä.) durchzuführen und ggf. ein Zusatz- (oder Aufbau-)studium mit Zertifikat einzurichten.

Das Zwischenergebnis bei der Umstrukturierung der Osteuropaforschung – und -lehre fällt also ebenso widersprüchlich aus wie die Transformationsprozesse in Osteuropa selbst. Alles ist im Fluß, vieles wurde versäumt, manches befindet sich im Aufbau.

Holm Sundhaussen ist Univ.-Professor für Südosteuropäische Geschichte und Institutsratsvorsitzender des Osteuropa-Instituts der FU Berlin.